



Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Deinhardpassage 1, 56068 Koblenz

Bundespolizeidirektion
Roonstr. 13
56068 Koblenz

Ihr Zeichen
31-11 02 10

Aktenzeichen (Bitte stets angeben)
7 A 10532/12.OVG

Durchwahl
10383

Datum
1. Juni 2012

Verwaltungsrechtsstreit

█ / . Bundesrepublik Deutschland
wegen Polizeirechts

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage wird der Schriftsatz vom 26.05.2012 zur Kenntnisnahme übersandt.

Ich bitte um Stellungnahme bis zum **02.07.2012**.

In Ihrem Schriftsatz vom 04.05.2012, mit dem sich auch die Berufungsbegründung befasst, haben Sie die laut "Einsatzdokumentation PIKUS" durchgeführten 46 Befragungen (u.a. 20 Befragungen von deutschen Staatsbürgern) erwähnt. Ich bitte, mit Ihrer Stellungnahme das zugrunde liegende Datenmaterial vorzulegen. Dasselbe gilt hinsichtlich der von Ihnen mitgeteilten Anzahl der unerlaubten Einreisen usw. in Reisezügen der Strecke Frankfurt/Main - Gießen - Kassel (Main-Weser-Bahn) und Frankfurt/Main - Fulda - Bebra - Kassel. Ich bitte dazu ergänzend zu Ihren bisherigen Angaben um eine Differenzierung nach der jeweiligen Richtung der Reisezüge.

Im Übrigen bitte ich um Angabe der ladungsfähigen Anschrift des Bundespolizeibeamten

█.



Mit freundlichen Grüßen

gez. [REDACTED]

Vorsitzende Richterin am Obergerverwaltungsgericht

Beglaubigt

[REDACTED]

Justizbeschäftigte